

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementpreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
prænumerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend. Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 16.

Donnerstag, den 8. Februar 1883.

8. Jahrg.

Bekanntmachung.

Der I. diesjährige Grundsteuer-Termin ist am 1. Februar fällig und zu Vermeidung executivischer Beitreibung längstens
am 15. desselben Monats
an die Stadtsteuer-Einnahme allhier (welche außer Mittwochs täglich Vormittags von 9—12, Nachmittags von 2—5 Uhr geöffnet ist) abzuführen.
Zwönitz, am 30. Januar 1883. Der Bürgermeister.

Politische Rundschau.

Deutschland. Der Kaiser ist von der leichten Erkältung, welche er sich in voriger Woche zugezogen hatte und die ihn kurze Zeit nöthigte, das Zimmer zu hüten, bereits wieder vollständig hergestellt. Nur unterbleibt noch bei der gegenwärtigen unbeständigen Witterung die Wiederaufnahme der gewohnten Ausfahrten des greisen Monarchen und sind die hierüber verbreiteten Nachrichten als verfrüht zu betrachten.

In dem Befinden des an seinem alten Venenleiden erkrankten Reichskanzlers Fürsten Bismarck ist eine, wenn auch nur langsam fortschreitende, Besserung eingetreten, doch läßt sich noch durchaus nicht ermeßen, wann der Kanzler an den parlamentarischen Verhandlungen theilnehmen können.

Unsere innere Lage wird augenblicklich mehr durch die kirchenpolitische Frage als durch die Reichstags-Verhandlungen beherrscht. Die Gerichte, denen zufolge der Papst nunmehr das Schreiben Kaiser Wilhelms vom 22. December v. J. beantwortet hätte, haben sich bis jetzt nicht bestätigt und es scheint auch nicht, als ob man hierzu im Vatican geneigt sei, denn der officios-päpstliche „Moniteur de Rome“ dementirt ausdrücklich die Meldung, daß der Cardinal-Staats-Secretär Jacobini eine Denkschrift zur Beantwortung des kaiserlichen Schreibens ausarbeite. In den leitenden Berliner Kreisen selbst glaubt man jetzt an die Friedensgeneigtheit der Curie nur wenig, wenn man auch an der Friedensliebe Papst Leo XIII. nicht zweifelt. Es geht dies aus einem längeren Artikel der „N. A. Ztg.“ hervor, in welchem sich das Berliner officios-Blatt in Erwiderung eines den Briefwechsel zwischen Kaiser und Papst betreffenden Artikel der römischen „Kassagna“ u. A. auch in folgender Weise äußert: „Die preussische Regierung und namentlich Se. Majestät der Kaiser erwiedern nicht das Mißtrauen“ — die „Kassagna“ hatte von einem gegenseitigen Mißtrauen gesprochen — „welches der Papst schwerlich nach eigener Eingebung, wohl aber auch auf Grund gefärbter Berichte Derer, die am Streite interessiert sind, haben mag. Ursache des Mißtrauens der Regierung ist mehr die bisherige Politik des Centrums, als die des Papstes . . . So lange die Regierung keine, auch nicht die kleinste Erwiderung ihres Entgegenkommens findet, so lange sie das Gefühl behält, auf eine Verständigung nicht mit dem Papste, sondern mit dem, dem Fortschritt verbündeten, Centrum angewiesen zu sein, scheint uns wenig Aussicht auf eine Förderung des Friedenswerkes vorhanden zu sein.“

Im Reichstag wurde endlich am Montag die Discussion über den Postetat zu Ende geführt, wobei noch die Frage, ob in dem Verfahren der Postverwaltung, Dienstgebäude von Privat-Unternehmern auf deren Rechnung erbauen zu lassen, miethsweise zu benutzen und sich das Verkaufsrecht zu sichern, eine Umgehung des Budgetrechts des Reichstages zu erblicken sei, Anlaß zu einer längeren Debatte gab. Bei der sich hieran schließenden Verathung des Stats des Auswärtigen Amtes nahm Abg. Dr. Rapp Anlaß, auf die großen Fortschritte hinzuweisen, welche das deutsche Consulatwesen in den letzten zehn Jahren gemacht habe, denn die deutschen Consulate seien innerhalb dieser Zeit von 24 auf 60 gestiegen. Dagegen bemängelte der genannte Abgeordnete entschieden Bestimmungen des Consulatgesetzes und wünschte namentlich eine Reform des Consulatsexamens, da für die Consulen mindestens die Absolvierung der zweiten juristischen Prüfung nothwendig sei. Schließlich wurden sämtliche Positionen des Stats des Auswärtigen bewilligt, worauf das Haus sich dem Stat des Reichsamtes des Innern zuwandte, bei welchem Abg. Rapp die Vorlegung eines das Auswanderungswesen regelnden Reichsgesetzes wünschte. Bundescommissar Schröder erklärte hierauf, daß ein derartiges Gesetz in Vorbereitung sei, nur könne er über den Zeitpunkt der Einbringung desselben noch nichts sagen. Es kamen dann

noch verschiedene Mängel unseres Auswanderungswesens zur Sprache, wobei Dr. Windthorst besonders eine größere Fürsorge für die Auswanderer verlangte.

Der Reichskanzler hat im Auftrage des Kaisers ein Schreiben an die deutschen Consulen in Nord-Amerika gerichtet, in welchem den deutschen Bürgern der Vereinigten Staaten für die zahlreichen und bedeutenden Summen, welche sie für die Ueberschwemmten am Rhein eingekendet haben, der kaiserliche Dank ausgesprochen wird.

In Berlin starb am Montag in noch nicht vollendetem 64. Lebensjahre Ernst Dohm, der geistvolle Redacteur des „Kladderadatsch“. In dem Berewigten vereinigte sich mit einer umfassenden streng geschulten Bildung ein hohes dichterisches Talent und diese glückliche Vereinigung machte sich besonders in seinen Zeitgedichten im „Kladderadatsch“ bemerkbar. Die Bedeutung Dohm's in der Literatur wird erst später zu würdigen sein.

Oesterreich-Ungarn. In Wien fanden Anfang dieser Woche gemeinsame Conferenzen der österreichischen und der ungarischen Minister unter theilweisem Vorstize des Kaisers statt. Außer den gemeinsamen Ministern Kalnothy (Auswärtiges) und Kallay (Reichsfinanzminister) nahmen hieran österreichischerseits die Minister Taaffe, Dunajewski und Pino, ungarischerseits die Minister Tisza, Spary, Kemény und Kaday Theil. Die Conferenzen dürften sich neben anderen wichtigen, gegenwärtig schwebenden Fragen u. A. auch mit dem Anschlusse der österreichischen Bahnen an das türkische Bahnnetz beschäftigen haben, worüber zur Zeit eingehende Verhandlungen zwischen Oesterreich und der Pforte stattfinden. — In Agram haben wiederholte Erdstöße am Montag Abend unter der Bevölkerung nicht geringen Schrecken verursacht und die Erinnerung an das Erdbeben, von welchem Agram vor zwei Jahren heimgesucht wurde, wieder hervorgerufen.

Frankreich. In Frankreich vereinigt sich das ganze politische Interesse momentan auf den Senat, welchem am Sonnabend das Thronprätendentengesetz zugegangen ist. Man kann indessen schon jetzt annehmen, daß der Regierungsentwurf gegen die Prätendenten in seiner jetzigen Fassung nicht die Zustimmung des Senats finden wird, denn nach den Wahlen zur Commission zu urtheilen, die am Montag im Senate zur Vorberathung der Thronprätendenten-Vorlage niedergelegt worden ist, werden sich etwa 145 Senatoren gegen und nur 110 für dieselbe erklären. Es heißt aber, daß das linke Centrum, in welchem die gemäßigten Republikaner sitzen, nach einer Verständigung mit der Regierung und der Deputirtenkammer strebe, wonach das Ministerium ermächtigt werden soll, Prätendenten auszuweisen, die gegen die Republik conspiriren, dagegen sollen die Bestimmungen der Vorlage fallen gelassen werden, welche die Unwählbarkeit und Amtsentsetzung der Prinzen aussprechen. Die Thronprätendentenfrage dürfte demnach noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben, ehe sie ihre definitive Lösung findet. — Der mit der Voruntersuchung gegen den Prinzen Napoleon beauftragte Instructionsrichter hat jetzt seinen Bericht erstattet. In demselben wird der Prinz eines Attentates zum Umstürze der bestehenden Regierungsform beschuldigt und vor die Anklagekammer verwiesen. Letztere wird bis spätestens nächste Woche ihren Beschluß fassen.

England. Die Botschafter-Conferenz, welche zur Regulirung der Donaufrage am vergangenen Montag in London zusammentreten sollte, hat noch in letzter Stunde durch die Erkrankung des deutschen Botschafters, Grafen Münster, einen Aufschub erlitten und wird erst am 12. Februar eröffnet werden. Wie im vorigen Jahre zu Constantinopel, so werden sich diesmal die Vertreter der Mächte in der englischen Hauptstadt versammeln, um abermals über die Schlichtung internationaler Streitfragen zu verhandeln. Wie jedoch die Constantinopler Conferenz resultatlos im Sande verlief, da sie die in Egypten widerstreitenden Interessen nicht zu vereinigen vermochte, so